



**Jahrespressekonferenz
des
Sozialverbands VdK Bayern**

Freitag, 23. Januar 2026

Statement

Verena Bentele

**Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland
Landesvorsitzende Sozialverband VdK Bayern**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein herzliches Willkommen auch von mir zur Jahrespressekonferenz des VdK Bayern und die besten Wünsche für alle für das Jahr 2026.

Im vergangenen Jahr hat der VdK seine Mitglieder in einer großen Umfrage zu ihrer Mitgliedschaft, zu ihren Motiven, Erwartungen und Erfahrungen befragt. Bundesweit haben circa 16.000 VdK-Mitglieder an der Mitgliederumfrage teilgenommen – eine Beteiligung, die sehr viel höher liegt als bei vergleichbaren öffentlichen Umfragen (rund 3700 der Teilnehmenden stammten aus Bayern).

Die Umfrage zeigte wieder: Die Zufriedenheit mit der Arbeit unseres Verbands ist in der Mitgliedschaft nach wie vor hoch und konstant. Unsere Mitglieder sind vom VdK überzeugt und empfehlen ihn weiter – wie wir gerade von Herrn Pausder gehört haben, äußert sich das unmittelbar in unserer Mitgliederzahl in Bayern.

Die Umfrage zeigte ebenso, dass eine einheitliche Rentenversicherung, in die alle einzahlen, also die „Rente für alle“, das sozialpolitische Top-Thema für unsere Mitglieder ist. Es wurde von 63 Prozent unserer Mitglieder, bei den bayerischen Umfrageteilnehmenden sogar von 65 Prozent, als dringliches sozialpolitisches Anliegen genannt.

Weitere sozialpolitische Top-Themen für unsere Mitglieder sind auf den Plätzen 2 bis 4 eine wohnortnahe und gute Gesundheitsversorgung, die Begrenzung von Pflegekosten und die Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Hier sehen die Befragten noch viel Nachholbedarf, und dass Deutschland nicht so besonders glänzend und großzügig dasteht – anders als die öffentlichen und politischen Diskussionen um den Sozialstaat suggerieren, die seit dem vergangenen Jahr mit großer Härte geführt werden.

In der Bewertung unserer Mitglieder dagegen ist der deutsche Sozialstaat keinesfalls so funktionsfähig wie gedacht. Bei der Frage, ob Deutschland als leistungsfähiger Sozialstaat empfunden wird, liegt die Einschätzung der Befragten bei einer Skala von 1 bis 10 gerade mal in der Mitte. Bei der Frage, ob Deutschland ein Land ist, in dem die Inklusion von Menschen mit Behinderung gut umgesetzt ist, sehen die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer Deutschland auf der Skala im Bereich unter der Mitte. Und wenn es um die Bewertung geht, ob Deutschland ein Land ist, in dem die Verteilung von Einkommen und Vermögen gerecht ist, liegt unser Land auf der Skala lediglich bei 3,5.

Anstatt also zu diskutieren, wie der Sozialstaat geschrumpft werden kann, Leistungen gekürzt, Arbeitszeiten verlängert oder Arbeitnehmerschutzrechte abgebaut werden können, müssen wir uns viel stärker damit beschäftigen, wie wir unser Sozialsystem so organisieren, dass die Leistungen und Mittel unbürokratisch und gerecht eingesetzt werden und ein tragfähiges soziales Netz für alle entsteht.

Da sind natürlich die Bundes- und Länderebenen gefragt. Aber ebenso die Kommunen. Der Präsident des Deutschen Städtetags, Burkhard Jung, teilte erst vor wenigen Tagen mit, dass die Kommunen für ein Viertel der Leistungen des Staates verantwortlich sind. Hinzu kommt die unmittelbare Gestaltung des direkten Lebensumfelds der Bürgerinnen und Bürger, das heißt die Verantwortung für die Infrastruktur vor Ort.

Politik vor Ort hat direkten Einfluss auf das Leben der Menschen: Sie entscheidet darüber, wie nah der Arzt ist, ob ich meine Wohnung verlassen, ob ich einen Bus benutzen kann, ob ich im Alter, bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder mit Behinderung dazugehöre oder außen vor bleibe. Nicht alles kann ausschließlich auf der kommunalen Ebene geregelt werden – häufig braucht es auch eine andere Gesetzgebung auf Bundes- und Länderebene.

Aber die Städte, Gemeinden und Landkreise haben vieles selbst in der Hand. Kommunen sind der Ort, an dem sich soziale Gerechtigkeit manifestiert und bewährt.

Deshalb stellt der VdK zur anstehenden Kommunalwahl am 8. März 2026 zentrale Forderungen für ein gutes Leben in den Städten, Gemeinden und Landkreisen auf. Unter dem Motto „kommunal sozial“ haben wir mit einem 10-Punkte-Plan, den Sie in Ihren Unterlagen finden, ganz konkrete Forderungen an die politisch Verantwortlichen in den Kommunen.

Der VdK hat rund 1800 Ortsverbände und 69 Kreisverbände in ganz Bayern. Dort vor Ort wollen wir mit unseren über 850.000 Mitgliedern und rund 12.800 ehrenamtlich Tätigen die Bewerberinnen und Bewerber auf den Prüfstand stellen, die sich für ein kommunales Mandat als Bürgermeisterin oder Bürgermeister, Landrätin oder Landrat, Kreisrätin oder Kreisrat, Stadträtin oder Stadtrat sowie Gemeinderätin oder Gemeinderat zur Wahl stellen. Wir wollen sie an ihre soziale Verantwortung erinnern, denn soziale Gerechtigkeit ist kein abstraktes Versprechen. Sie zeigt sich ganz konkret darin, ob Menschen ihren Alltag und ihr Leben selbstbestimmt bewältigen können oder ständig auf Hindernisse stoßen. Genau hier beginnt die Verantwortung der Kommunen.

Die von uns ausgewählte Themenpalette für ein gutes Leben in der Kommune ist vielfältig: Sie reicht von Inklusion und Barrierefreiheit, über Mobilität und Wohnen bis hin zu Gesundheit und Pflege und auch den Rahmenbedingungen für örtliches ehrenamtliches Engagement.

Natürlich brauchen die Kommunen dafür ausreichend finanzielle Mittel, sodass sicherlich eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Ländern und Kommunen erforderlich ist. Aber der Verweis auf leere Kassen als Entschuldigung für fehlende soziale Weitsicht, Planung und falsche Themensetzung greift für uns auch zu kurz. Auch mit wenigen Mitteln, aber Erfindungsreichtum und dem richtigen Baukasten, lassen sich tolle Ergebnisse erzielen.

Häufig gibt es sogar entsprechende Förderprogramme, beispielsweise des Freistaats Bayern oder des Bundes. Sie müssten halt genutzt werden. Dafür ist aber Voraussetzung, dass die Kommunen den Bedarf kennen und die Mühen der Antragstellung nicht scheuen.

Was braucht es also aus Sicht des VdK für soziale und lebenswerte Städte, Gemeinden und Landkreise für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern?

Eine zentrale Voraussetzung dafür ist **Barrierefreiheit**. Noch immer sind viele Schulen, Kindertagesstätten, Rathäuser, Arztpraxen und Krankenhäuser nicht barrierefrei. Laut einer Studie der Stiftung Gesundheit verfügen in Bayern beispielsweise nur 38,8 Prozent der ambulanten Arztpraxen über mindestens eine Vorkehrung, die Barrieren abbaut oder vermeidet. Das ist der schlechteste Wert aller Bundesländer. Mangelnde Barrierefreiheit aber schließt Menschen faktisch aus.

Deshalb fordern wir, dass Kommunen Barrierefreiheit überall dort verankern, wo es ihren Einflussbereich betrifft. Schulen, Kindertagesstätten, öffentliche Gebäude und Krankenhäuser in der Verantwortung der Kommunen müssen konsequent barrierefrei gestaltet und gebaut werden. Ebenso muss die Barrierefreiheit als eine wichtige Bedingung in Förderprogramme (zum Beispiel für Arzt-Ansiedlungen) aufgenommen werden. Wer Gelder erhalten will, muss einen barrierefreien Zugang gewährleisten! Auch kommunale Internetauftritte müssen für alle Menschen zugänglich sein und regelmäßig überprüft werden.

Generell gelingt **Inklusion** nur, wenn Menschen mit Behinderung nicht übergangen werden. Inklusion ist ein Menschenrecht und in zahlreichen Gesetzen verankert. Allein in Bayern

leben mehr als zwei Millionen Menschen mit Behinderung. Jeder Elfte hat eine Schwerbehinderung.

Kommunen müssen eine Vorbildfunktion einnehmen und inklusive Arbeitgeber sein, die mehr Menschen mit Behinderung einstellen als aktuell. Die Beschäftigungsquote aller öffentlichen Arbeitgeber in Bayern lag 2023 bei 6,6 Prozent. Das liegt zwar über der Pflichtquote, aber da ist noch Luft nach oben.

Auch im Bildungsbereich muss Inklusion selbstverständlich mitgedacht werden – von der inklusiven Kinderbetreuung bis hin zu inklusiven Schulen. Auch da liegen wir weit hinten. Nach einer Erhebung aus dem Jahr 2014 waren von 9090 Kindertageseinrichtungen in Bayern nur 1622 (circa 18 Prozent) gesichert barrierefrei. Aktuellere Zahlen sind uns leider nicht bekannt.

Zur Barrierefreiheit mittels Treppenliften und Liften, zu barrierefreien Toiletten und allgemein zur barrierefreien Zugänglichkeit liegen keine belastbaren Aussagen vor.

Wir brauchen deshalb auch mehr Beteiligung von Menschen mit Behinderung. Sie müssen ihre Anliegen direkt bei den Entscheidungsträgern vor Ort einbringen können. Sie wissen aus ihrer eigenen Erfahrung am besten, wie Teilhabe wirklich umgesetzt werden kann. Deshalb müssen Kommunen Inklusions- und Behindertenbeiräte mit echten Mitwirkungsrechten ausstatten und sie finanziell so absichern, dass Beteiligung nicht nur auf dem Papier stattfindet.

Ein weiteres Thema, ja sogar im Grundgesetz mitverankert über den Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, das auch Unterkunft miteinschließt: das **Wohnen**.

Wohnen ist mittlerweile zu einer der größten sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Viele Menschen müssen immer mehr für die Miete ausgeben, während Sozialwohnungen fehlen. 11,9 Prozent der bayerischen Haushalte gelten als mit Wohnkosten überlastet, das heißt, sie geben sogar mehr als 40 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen aus. Nur für rund zwei Prozent der Haushalte in Bayern gibt es Sozialwohnungen. Und wieder sind die Kommunen ein ganz entscheidender Akteur.

Denken wir an die alleinerziehende Mutter, die arbeitet, ihre Kinder betreut und plötzlich die Mieterhöhung im Briefkasten findet. Die Wohnung ist zu teuer geworden, Alternativen gibt es kaum. Sozialwohnungen fehlen, Neubauten sind unbezahlbar.

Oder wir denken an die ältere Frau, deren Haus und Bad mit zahlreichen Stufen und Schwellen ausgestattet ist, die sich als Stolperfallen erweisen. Die Dusche kann sie nicht mehr benutzen, weil sie mit dem Rollator nicht in ihr Bad reinfahren kann. Sie bräuchte eine Wohnberatung, die sich ihre Wohnung vor Ort anschaut und beim Umbau Hilfestellung anbietet. Doch es gibt niemanden, der ihr weiterhelfen kann.

Was als individuelles Problem erscheint, ist in Wahrheit auch eine Folge kommunaler Entscheidungen – oder von Entscheidungen, die nicht getroffen wurden.

Wir fordern deshalb, dass Städte und Gemeinden den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau deutlich ausbauen. Es braucht mehr Sozialwohnungen und dauerhaft bezahlbare Mietwohnungen. Kommunen sollten ebenso Wohnberatungsstellen einrichten, wie es sie bereits in einigen Landkreisen gibt, um ihren Bürgerinnen und Bürgern ein längeres Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen.

Nicht nur die Wohnungen selbst müssen im kommunalen Fokus stehen, sondern auch Grund und Boden. Denn beides ist nicht vermehrbar, und das Angebot wird immer knapper. Deshalb dürfen kommunale Grundstücke nicht automatisch an den Höchstbietenden

verkauft werden. Stattdessen brauchen wir eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik mit der Vergabe mit Erbbaurechten und einer bevorzugten Vergabe an sozial orientierte Wohnungsunternehmen. Zudem müssen Kommunen gegen Leerstand und Mietpreisüberhöhungen aktiv vorgehen und Mieterinnen und Mieter unterstützen.

Notwendig sind ebenso seniorengerechte Quartierskonzepte, die dafür Sorge tragen, dass Angebote auch für Ältere gut erreichbar sind und Exklusion verhindert wird. Noch immer werden zum Beispiel Wohnanlagen für Betreutes Wohnen oder Senioren- und Pflegeheime außerhalb des Ortskerns und völlig isoliert geplant und bauplanungsrechtlich genehmigt – ohne regelmäßige Busanbindung, Hauptsache ein großer Parkplatz ist in der Nähe. Damit ist selbstbestimmte Bewegung für die meisten nicht mehr möglich, die betroffenen Personen werden zu reinen Besuchsempfängern.

Deshalb ist auch die **Mobilität** ein zentrales kommunales Thema für den VdK.

Mobilität schafft Teilhabe. Wer nicht mobil ist, ist ausgeschlossen – von medizinischer Versorgung, von sozialen Kontakten, von Kultur und Bildung. Gerade im ländlichen Raum ist das für viele Menschen Realität.

Deshalb fordern wir einen flächendeckenden, barrierefreien und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr in Stadt und Land. Busse und Bahnen müssen häufiger fahren und langfristig verlässlich angeboten werden. Mobilität darf niemanden finanziell ausschließen, deshalb brauchen wir Sozialtickets und bezahlbare Fahrpreise. Wenn Bund und Länder es nicht hinbekommen, müssen die Kommunen eben mit gutem Beispiel vorangehen. Zusätzlich muss der öffentliche Raum barrieararm gestaltet werden, mit sicheren Wegen, Sitzgelegenheiten und gut zugänglichen Haltestellen.

In der Kommunalpolitik zeigt sich auch, wie verschiedene Themenbereiche ganz direkt miteinander zusammenhängen und sich nicht trennen lassen. Ein Beispiel aus der Praxis, das uns immer wieder geschildert wird:

Da ist die ältere Frau, die nach einem Sturz dringend zur Nachsorge muss. Die Arztpraxis wäre eigentlich nur wenige Kilometer entfernt. Aber sie liegt im ersten Stock ohne Aufzug, der Bus fährt selten, und ein eigenes Auto hat sie nicht mehr. Am Ende entscheiden nicht die medizinische Notwendigkeit, sondern die fehlende Barrierefreiheit und Mobilität darüber, ob sie adäquat versorgt wird.

Wie in den zuvor genannten Themenfeldern gibt es auch im **Gesundheitsbereich** einiges für die Kommunen zu tun. Eine gute medizinische Versorgung darf nicht vom Wohnort oder von Rendite-Interessen abhängen. Kommunen müssen ihren Einfluss nutzen, um ärztlich geführte oder kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zu stärken. Wenn nämlich private Investoren solche Zentren aufbauen, dann steht nicht der Patient im Mittelpunkt, sondern der Profit – leider mitunter zulasten der Qualität der medizinischen Versorgung.

Und darunter leidet die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Übrigens mittlerweile auch dann, wenn Kommunen den Klimawandel ignorieren. Extreme Hitze, insbesondere infolge von länger andauernden Hitzewellen, ist seit einigen Jahren auch in Deutschland ein Problem für die Gesundheit der Bevölkerung. 2023 erfolgten bundesweit gut 800 Krankenhaus-Einweisungen nach durch Hitze oder Sonnenlicht verursachten gesundheitlichen Schäden.

Sehr hohe Temperaturen lassen die Sterblichkeit sogar insgesamt steigen, da in vielen Fällen die Kombination aus Hitze und Vorerkrankungen das Sterberisiko erhöht. Anders als in vielen südlichen Ländern sind unsere Städte und Gemeinden nicht für den Umgang mit

diesen hohen Temperaturen gebaut. Deshalb müssen sich die Kommunen auch mit diesen Gesundheitsrisiken befassen. Hitzeaktionspläne können hier ein probates Gegenmittel sein. Rund drei Viertel der Kommunen haben sich bisher noch nicht auf den Weg gemacht, einen eigenen Hitzeaktionsplan zu erstellen und vor allem die darin beschriebenen Maßnahmen auch umzusetzen. Dabei wird der Bedarf in der Zukunft noch steigen. Deshalb beschäftigen wir uns in unserem VdK-Forum am 12. und 13. März auch mit den sozialen Folgen des Klimawandels und Gegenstrategien. Die Einladung und das Programm zum VdK-Forum finden Sie in Ihren Pressemappen.

Zurück zur medizinischen Versorgung und dem Gesundheits- und medizinischen Angebot vor Ort: Kommunen können Praxisansiedlungen fördern, wenn es einen Ärztemangel gibt. Einige Kommunen werben zum Beispiel auch schon mit vergünstigten Praxisräumen, wenn der ursprünglich niedergelassene Hausarzt keinen Nachfolger gefunden und seine Praxis ohne Nachfolge geschlossen hat.

Der medizinische Sektor muss hier auch insgesamt besser vernetzt werden, sodass Patientinnen und Patienten beispielsweise nach einer ambulanten Operation gute Nachsorge erhalten. Das wird gerade bei der Umsetzung der Krankenhausreform eine wichtige Aufgabe für die Kommunen werden und langfristig bleiben.

Vernetzung muss aber auch mit anderen Akteuren vor Ort erfolgen, um ein passgenaues Angebot zimmern zu können – sei es mit Bildungs-, Sport- und ambulanten Rehabilitationseinrichtungen oder Sozial- und Pflegediensten. Kommunen haben den besten Überblick darüber, wo örtliche Bedarfe bestehen und welche örtlichen Akteure vorhanden sind.

Dies gilt insbesondere auch für die **Pflege**. Hier hilft ein Blick in den Alltag. Denken wir an den Mann, der seine pflegebedürftige Ehefrau rund um die Uhr zu Hause versorgt. Er organisiert Termine, pflegt tagsüber und nachts, geht einkaufen – und stößt ständig an Grenzen. Es gibt keine Nachtpflege, die Pflegeberatung ist schwer erreichbar, Entlastungsangebote fehlen. Nicht, weil niemand helfen will, sondern weil die notwendige Infrastruktur vor Ort nicht ausreichend vorhanden ist.

Über 82 Prozent der aktuell mehr als 630.000 pflegebedürftigen Menschen in Bayern werden zu Hause versorgt. Mehr als zwei Drittel von ihnen werden ausschließlich von ihren Angehörigen gepflegt und betreut. Wir fordern, die Pflegeinfrastruktur als feste Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge zu begreifen. Denn Kommunen verfügen über kleinräumige Daten, sind nah am Menschen und können erforderliche Maßnahmen passgenau umsetzen. Dafür müssen Kommunen Pflegebedarfe systematisch planen, Pflegeberatung ausbauen und niedrigschwellige Angebote schaffen, insbesondere für pflegende Angehörige, für jüngere Pflegebedürftige und für die Nachtpflege. Langfristig ist unser Ziel eine Pflegeinfrastruktur vor Ort, die schon weit vor der Pflegebedürftigkeit greift und Beratung und Präventionsarbeit abdeckt. Das ist auch deswegen notwendig, weil nach Schätzungen 2050 mehr als eine Million pflegebedürftige Menschen in Bayern leben werden. Dafür sind wir bisher kaum gerüstet.

Mit der Pflegebedürftigkeit geht oft auch **Einsamkeit** einher – für die pflegebedürftige Person selbst, aber auch für deren pflegende Angehörige, weil Kontakte und Austauschmöglichkeiten wegbrechen. Untersuchungen zeigen, dass darüber hinaus alle Alters- und Bevölkerungsgruppen von Einsamkeit betroffen sind und betroffen sein können. Während der Corona-Pandemie stieg die Einsamkeitsquote stark an, besonders bei Frauen und jungen Erwachsenen, und verharrt heute immer noch auf vorpandemischem Niveau.

Wenn Menschen einsam sind, hat das nicht nur gesundheitliche Folgen, wie zum Beispiel ein um 29 Prozent erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und ein um 26 Prozent erhöhtes Sterberisiko, sondern auch soziale und politische Folgen: Einsame Menschen tendieren zum Beispiel dazu, extreme politische Parteien zu wählen oder sich politisch weniger zu engagieren.

Klar ist, Einsamkeit werden wir nicht komplett verhindern können. Aber wir können sie reduzieren und lindern. Beispielsweise indem Kommunen Kommunikations- und Aufenthaltsangebote wie Jugend- und Altenzentren einrichten. Dabei sind auch preisgünstige Essens- und Kaffeeangebote hilfreich oder Städtepasse für Vergünstigungen bei städtischen Angeboten oder Landkreisangeboten für Menschen mit geringen Einkommen. Kommunen haben vielfältige Möglichkeiten, soziale Kontakte zu unterstützen, um soziale Isolation zu verhindern. Diese sollten sie auch nutzen.

Eine tragende Säule unserer Gesellschaft und der Demokratie ist das **Ehrenamt**. Über 40 Prozent der Menschen in Bayern engagieren sich ehrenamtlich, allein 12.800 Mitglieder sind es beim VdK Bayern – sei es in den Orts- und Kreisvorständen oder in den ergänzenden Ehrenämtern wie Pflegebegleiterin oder Berater für Barrierefreiheit.

Ehrenamt lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen – oft über viele Jahre hinweg. So wie beispielsweise die ehrenamtliche Vorsitzende eines kleinen Vereins, die Treffen organisiert, Förderanträge schreibt und neue Mitglieder gewinnen möchte. Sie stößt jedoch an Grenzen, weil Zuschüsse gekürzt werden, Räume fehlen oder bürokratische Hürden wachsen. Wenn dieses Engagement wegbricht, verschwindet nicht nur ein Angebot, sondern ein Stück sozialer Zusammenhalt. Ehrenamt und Vereinsleben sind das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts. Deshalb fordern wir eine stabile kommunale Vereinsförderung, insbesondere für Vereine, die sich in der Jugend-, Senioren- und Inklusionsarbeit engagieren.

Wenn wir über soziale Gerechtigkeit sprechen, dann sprechen wir nicht über abstrakte Programme, sondern über konkrete Entscheidungen vor Ort. Über Entscheidungen, die im Gemeinderat, im Kreistag und in der Stadtverwaltung getroffen werden – oder eben nicht.

Die Kommunalwahl 2026 ist deshalb keine Nebenwahl. Sie entscheidet darüber, ob Barrierefreiheit von Anfang an mitgedacht wird oder wieder hintenansteht. Sie entscheidet darüber, ob Pflege, Mobilität und Teilhabe als gemeinsame Verantwortung verstanden werden oder als Kostenfaktor, den man möglichst klein hält.

Und sie entscheidet auch darüber, wie Menschen unmittelbare Erfahrungen mit politischen Entscheidungen machen. Und wie sie am Ende darauf reagieren. Wer täglich an seinem Wohnort das Gefühl hat, dass sich schon der örtliche Gemeinderat nur mit Themen beschäftigt, die mit der eigenen Lebenswirklichkeit nichts zu tun haben, reagiert darauf leichter mit populistischen, ausgrenzenden und abwertenden Meinungen und Äußerungen. Daher ist die kommunale Ebene für unsere Demokratie so wichtig.

Unser Forderungskatalog ist eine Einladung an die Kommunalpolitik, soziale Verantwortung aktiv zu übernehmen. Und es ist zugleich ein Auftrag an uns als Zivilgesellschaft, genau hinzuschauen, nachzufragen und einzufordern.

Bei der letzten Kommunalwahl in Bayern im Jahr 2020 lag die Wahlbeteiligung bei nur 58,7 Prozent. Ein Grund ist sicher, dass viele Menschen sich gar nicht bewusst sind, was von dieser Wahl alles abhängt und wie sehr das auch ihr eigenes Leben betrifft.

Kommunen können sozial gestaltet werden. Aber das geschieht nicht von selbst. Es braucht klare Prioritäten und den Mut, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Als Sozialverband sagen wir: Die vorhandenen Ressourcen müssen sozial gerecht eingesetzt werden – zum Wohle aller. Denn am Ende geht es um ganz konkrete Menschen: um die ältere Frau, die ohne Barrieren zum Arzt kommen muss, um den pflegenden Angehörigen, der Entlastung braucht, bevor er selbst krank wird, und um die Ehrenamtlichen, die unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt tragen und dafür verlässliche Unterstützung verdienen. Daran werden wir die Kommunalpolitik messen.

Mit unseren hunderttausenden Mitgliedern in Bayern können wir einiges bewegen, damit Bayern „kommunal sozial“ wird.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!